

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 99. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. September 2015, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans Hinrich Neve (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte Europabericht 2014 - 2015	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2976	
2. Erfüllung durch den Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen nach § 83 a Landesbeamtengesetz	5
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 18/4637	
3. Freigabe von Mitteln für Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingsen	6
Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 18/4680	
4. Information/Kennntnisnahme	7
Umdrucke 18/4550 und 18/4678 - Hochschulräte Umdruck 18/4551 - Entwicklung der Frühpensionierungen Umdruck 18/4552 - Verwaltungsvereinbarung GovData Umdruck 18/4553 - Dienstleistungszentrum Personal Umdruck 18/4554 - Sachstand eBeihilfe Umdruck 18/4634 - Verwaltungsvereinbarung Digitalfunk Umdruck 18/4635 - Vereinbarung zum Thema sexueller Kindesmissbrauch Umdruck 18/4636 - Rücklagen der Hochschulen Umdruck 18/4638 - Haushaltsablauf im ersten Halbjahr 2015 Umdruck 18/4679 - Einzelbetriebliche Förderung vertraulicher Umdruck 18/4712 - UKSH	
5. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte
Europabericht 2014 - 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2976](#)

(überwiesen am 19. Juni 2015 an den Europaausschuss und an alle weiteren Ausschüsse des Landtags zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdruck 18/4651](#)

Der Ausschuss nimmt den Europabericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Erfüllung durch den Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen nach
§ 83 a Landesbeamtengesetz**

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 18/4637](#)

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, führt in die Vorlage ein und teilt mit, dass nach bisherigem Kenntnisstand neun Fälle im Polizeibereich bekannt seien.

Einstimmig willigt der Ausschuss in die Leistung der Ausgaben aus Titel „Unterstützungsleistungen für in Dienstausbung durch Dritte verletzte Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Schleswig-Holstein“, [Umdruck 18/4637](#), ein.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Freigabe von Mitteln für Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen

Vorlage des Sozialministeriums

[Umdruck 18/4680](#)

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg und Koch erläutert Frau Bähre, stellvertretende Leiterin des Referats Biomedizin, Transplantationswesen, Sucht, Prävention, Gesundheitsförderung und Medizinische Rehabilitation im Sozialministerium, seit vier Jahren kümmern sich der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein und das ZIP in Kiel und Lübeck um die psychiatrische Versorgung der Flüchtlinge. Aufgrund des großen Anstiegs der Flüchtlingszahlen sei die Finanzierung allerdings nicht mehr auskömmlich. Für 2016 habe man deutlich mehr Haushaltsmittel für die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen angemeldet. Der PARITÄTISCHE stelle die Vernetzung her (Gewinn, Betreuung und Vermittlung von Psychotherapeuten und Dolmetschern). Die 100.000 € umfassende Maßnahme sei nicht ausgeschrieben worden, sondern die beiden in dem Bereich tätigen Träger - ZIP und PARITÄTISCHER - hätten das Ministerium um Erhöhung der bisherigen Ansätze gebeten.

Auf Antrag von Abg. Dr. Garg bittet der Finanzausschuss das Sozialministerium, den Ausschuss über die geplante Verwendung der Mittel zu unterrichten und ihm das Konzept des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein zuzuleiten. Der Ausschuss will in der nächsten Sitzung, am 10. September 2015, über die Mittelfreigabe entscheiden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdrucke 18/4550](#) und 18/4678 - Hochschulräte
[Umdruck 18/4551](#) - Entwicklung der Frühpensionierungen
[Umdruck 18/4552](#) - Verwaltungsvereinbarung GovData
[Umdruck 18/4553](#) - Dienstleistungszentrum Personal
[Umdruck 18/4554](#) (neu) - Sachstand eBeihilfe
[Umdruck 18/4634](#) - Verwaltungsvereinbarung Digitalfunk
[Umdruck 18/4635](#) - Vereinbarung zum Thema sexueller Kindesmissbrauch
[Umdruck 18/4636](#) - Rücklagen der Hochschulen
[Umdruck 18/4638](#) - Haushaltsablauf im ersten Halbjahr 2015
[Umdruck 18/4679](#) - Einzelbetriebliche Förderung
vertraulicher [Umdruck 18/4712](#) - UKSH

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 18/4550](#), [18/4551](#), [18/4552](#), [18/4553](#), [18/4634](#), [18/4635](#), [18/4636](#), [18/4638](#) und 18/4678 zur Kenntnis.

Zu [Umdruck 18/4552](#) möchte der Finanzausschuss von der Staatskanzlei wissen, warum nicht alle Länder die **Verwaltungsvereinbarung zum gemeinsamen Betrieb von „GovData - Das Datenportal für Deutschland“** schließen und wie die Daten der öffentlichen Hand für die Bürger verfügbar gemacht werden.

Abg. Dr. Garg äußert sich irritiert darüber, dass die Neufassung des [Umdrucks 18/4554](#) - Sachstand **eBeihilfe** - wesentlich von der ersten Fassung des Umdrucks abweiche. Er wiederholt seine Einschätzung, dass die Einführung der eBeihilfe nicht zu einem deutlichen Stellenabbau führen werde.

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, räumt ein, dass das Finanzministerium die Vorlage auch nach Gesprächen mit dem Landesrechnungshof nachgebessert habe.

Herr Muschke, Leiter des Projekts Dienstleistungszentrum Personal im Finanzministerium macht darauf aufmerksam, dass Einsparungen überwiegend im Bereich der Aushilfskräfte bei der Rezeptdatenerfassung erzielt würden. Die Zahl der Beihilfesachbearbeiter liege deutlich höher als 2011/12 und solle 2017 gegenüber dem Stand von 2011/12 reduziert werden, was angesichts der Zunahme an Beihilfeanträgen insbesondere wegen des Anstiegs der Zahl der

Versorgungsempfänger nicht leicht sei. - Die Thematik soll in der nächsten Sitzung im Zusammenhang mit KoPers weiter erörtert werden.

Die Frage von Abg. Koch zu [Umdruck 18/4636](#) - **Rücklagen der Hochschulen** -, ob mit der vorgesehenen Begrenzung der Rücklagenbildung auf 15 % der Globalbudgets ohne die im Umdruck benannten besonderen Zuwendungen das mit dem Votum des Finanzausschusses verfolgte Ziel erreicht werden könne, beantwortet Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium. Abg. Koch bittet darum aufzuschlüsseln, in welchem Umfang die vorhandenen Rücklagen der Universitäten aus nicht verausgabten Globalzuschüssen mit Tarifverstärkungsmitteln, Exzellenz- und Strukturbudgets, Hochschulpaktmitteln, eigenen Einnahmen und Drittmitteln gebildet worden seien.

Beim Thema **einzelbetriebliche Förderung** ([Umdruck 18/4679](#)) bittet der Finanzausschuss das Wirtschaftsministerium um eine Liste der geförderten Unternehmen (Unternehmen, Ziel, Fördersumme, Zielerreichung). Der Ausschuss kritisiert, dass das Wirtschaftsministerium entgegen dem einstimmigen Landtagsbeschluss vom 11. Dezember 2013 ([Drucksache 18/1355](#) (neu), Textziffer 26) die Vorschläge des Landesrechnungshofs - insbesondere zur Reduzierung von Mitnahmeeffekten - nicht aufgenommen und den Finanzausschuss nicht vor der Veröffentlichung über die Neufassung der Richtlinie zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung informiert hat. Er bittet das Wirtschaftsministerium um Stellungnahme zu dem Vorgang und wird das Thema auf die Tagesordnung der Sitzung am 1. Oktober 2015 setzen.

Den vertraulichen [Umdruck 18/4712](#) - **UKSH** - will der Finanzausschuss ebenfalls am 1. Oktober 2015 mit Wissenschaftsstaatssekretär Fischer und einem Vertreter des UKSH erörtern. Außerdem wünscht sich der Ausschuss eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs zu der Thematik.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann teilt mit, dass Finanzministerin Heinold am **10. September 2015** an der Finanzministerkonferenz teilnimmt und er die Ministerin im **Beteiligungsausschuss und Finanzausschuss** vertreten wird.

- b) Zu den gestrigen Beratungen im Wirtschaftsausschuss stellt der Staatssekretär klar, die im Infrastrukturbericht aufgezeigte Lücke beim Investitionsbedarf 2018 bis 2024 wolle man mithilfe des neuen **Sondervermögens IMPULS** bis 2030 schrittweise abbauen. Die Fortschreibung der Mittel in den Jahren 2025 bis 2030 sei in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Man sei sich bewusst, dass man die Lücke mit dem aktuellen Programm nicht komplett schließen könne.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:50 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer